



taz köln.de

jeden donnerstag im mantel der taz

:: [Homepage](#) ::

:: [wir über uns](#) ::

:: [abo service](#) ::

:: [kontakt](#) ::

:: [impressum](#) ::

[aktuelle Ausgabe](#)



:: [links](#) ::

:: [bundes taz](#)
 :: [taz nrw](#)
 :: [taz münster](#)
 :: [taz ruhr](#)
 :: [taz hamburg](#)
 :: [kölnner-links](#)

Thema Politik - 10. Juli 2003

Kommunales Eigentum for sale

Die Privatisierung städtischen Besitzes ist in vollem Gang - durch GATS wird dies nur besser abgesichert und legitimiert. Schon jetzt herrscht ein unkontrollierter Filz aus lokaler Politik und internationaler Wirtschaft, den unwissende Bürgerinnen und Bür

Von Werner Rügemer

Der Stadtrat von Mülheim an der Ruhr hat im Mai 2003 auf Antrag der kleinen Fraktion MBI einstimmig und teilweise widerstrebend beschlossen, offiziell über GATS (siehe Kasten unten) und die Auswirkungen auf die Kommunen zu diskutieren. Demnächst sollen einige Experten zu einer öffentlichen Rats-Veranstaltung eingeladen werden. Solche Beschlüsse, von der globalisierungskritischen Szene gefeiert, können sinnvoll sein, können aber auch eine makabre Seite haben. In Mülheim wurden kürzlich die Rheinischen Wasserwerke (RWW) an RWE verkauft. Die RWW sind mit vier Städten und einer Million Kunden eins der größten deutschen Wasserunternehmen. Die Stadträte hatten beschlossen, dass die Städte eine Sperrminorität von 25 Prozent behalten. Dieser Beschluss wurde missachtet, der Städteanteil beträgt nur noch 20 Prozent. Der Kaufpreis von 115 Millionen Euro ist weitaus zu gering, da die Grundstücke nicht in die Bewertung eingingen.

Das hat damit zu tun, dass die Gutachterin vom auf Privatisierungen spezialisierten Anwaltsbüro Heuking, Kühne & Partner, die im Auftrag Mülheims den Kaufpreis ermittelte, nicht nur ein Liebesverhältnis mit dem verheirateten CDU-Oberbürgermeister Jens Baganz hatte, sondern auch einen Beratervertrag mit dem Kaufinteressenten RWE. Als das bekannt wurde, trat Baganz zurück. Aber weder der neue CDU-Bürgermeister noch die Ratsmehrheit, die den Beschluss über die GATS-Diskussion fasste, wollen den RWW-Kaufvertrag korrigieren. Einen solchen Antrag von MBI haben CDU, SPD und Grüne abgelehnt.

Entgegen der globalisierungskritischen Auffassung, die Gefahren kämen von oben, nämlich von WTO, Weltbank und GATS, sind deren Prinzipien schon jetzt politikbestimmend. Privatisierung, Deregulierung, Zugang der Global Player zu den kommunalen Dienstleistungen, Cross-Border-Leasing, Verkauf von städtischem Eigentum: Die Akteure warten nicht auf GATS, sie handeln bereits. Bekanntlich hat der japanische Konzern Namura über eine Briefkastenfirma auf der Kanalinsel Guernsey versucht, die Kölner Wohnungsgesellschaften GAG und Grubo zu kaufen. Der Abbau von Arbeitsplätzen bei den beiden Wohnungsgesellschaften war angekündigt, die weitere Verwertung der Wohnungen ebenso. Für den Oberbürgermeister und die Ratsmehrheit aus CDU und FDP waren dies ganz selbstverständliche Verkaufsbedingungen, gegen die nichts einzuwenden war.

13. Se

:: Sc

(für da

:: [kölnner](#)

[Gottschalk
notizen au
pachls nac
schmickler
überall da
Was mach](#)

:: [theme](#)

[Aktion/Ver
Bildung &
Geschichte
Kölsche G
Kultur
Land & Le
Medien
Migration
Politik
Rechte
Schwule &
Sport
Stadt
Verkehr
Wirtschaft
Wohnen &](#)

:: [aktuell](#)

[Aktion/Ver
Hochschul
Initiative
Integratio
Kultur
Medien
Politik
Rechte
Schule
Schwule &
Sport
Stadt
Urteil
Verkehr
Wirtschaft](#)

Die beiden Kölner Milliardenprojekte des letzten Jahrzehnts tragen bereits viele Merkmale dessen, was mit GATS Allgemeingut werden soll. Viele Bürger haben bei der Kölner Müllverbrennungsanlage (MVA) vor allem im letzten Jahr die Korruption mitbekommen. Vielen ist nicht bewusst, dass für die MVA bereits 1992 die private Betreibergesellschaft Abfallverwertungs- und Entsorgung GmbH gegründet wurde. Im Aufsichtsrat saßen neben den Vertretern der Privatunternehmen Trienekens und RWE auch Ratsmitglieder; sie ließen sich mehrheitlich über den Tisch ziehen oder machten freudig mit: bei der unterlassenen Ausschreibung für den Bau der MVA, bei der dubiosen Genehmigung, bei der Überdimensionierung der MVA und bei dem für die Stadt höchst ungünstigen Entsorgungsvertrag, der zudem unkündbar gleich für 25 Jahre abgeschlossen wurde. Man saß ja mit dem renommierten Global Player RWE scheinbar gleichberechtigt am selben Tisch. Da erstirbt bei einem richtigen Kommunalpolitiker jede kritische Frage.

Die privatrechtliche Unternehmensform erleichterte die Korruption noch weiter, als es sonst der Fall gewesen wäre. Der Vertrag mit dem Generalunternehmer Steinmüller wurde den Ratsmitgliedern nicht gezeigt, da es ja ein Privatvertrag sei. Gleichzeitig übernahm die Stadt die wesentlichen Risiken, etwa durch die Gewährung von Bürgschaften. Der über 30 Jahre laufende Mietvertrag der Stadt mit dem Privatinvestor des Technischen Rathauses Deutz trägt ähnliche Züge, wie sie unter GATS kaum schlechter werden könnten.

GATS würde das bisherige Vorgehen nur rechtlich weiter absichern und legitimieren. Die Gefahren für die Kommunen stecken nicht nur, wie auch der Fall Mülheim/RWW zeigt, in zukünftigen rechtlichen Regelungen. Schon die gegenwärtigen schärferen Gesetze etwa für Projektausschreibung und Beteiligung der politischen Gremien werden aufgrund von Verfilzung und weit gefächerter Korruption häufig umgangen. Wir brauchen nicht auf GATS zu warten, um die kommunale Demokratie zur Farce werden und die Kommunen finanziell ausbluten zu lassen.

Die Aktivitäten der Ver- und Entsorgungsmultis wie RWE, Eon oder Vivendi, um in die kommunale Daseinsvorsorge einzudringen, sind bekannt. Aber der umgekehrte Prozess ist selbst aufmerksamen Bürgern noch nicht im vollen Ausmaß bewusst: Auch Stadtverwaltungen und besonders kommunale Unternehmen selbst betätigen sich inzwischen im Sinne von GATS. So kämpfen die Stadtwerke der Großstädte um Aufkäufe und Kunden. Die KölnMesse hat Tochtergesellschaften in China gegründet, die Messe Frankfurt hat die Kapitalmehrheit am argentinischen Messeveranstalter Indexport erworben. Die Kölner Verkehrsbetriebe (KVB) haben bereits drei Cross-Border-Leasing-Verträge abgeschlossen, die Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerke (GEW Rheinenergie) bereiten einen solchen Vertrag vor. Dafür brauchten sie ebenso wenig wie die Stadt Köln selbst mit ihren bisher ebenfalls drei Cross-Border-Leasing-Verträgen auf GATS zu warten. Darüber hinaus suchen sich die Stadtwerke "strategische Partner", nämlich dieselben Entsorgungsmultis RWE, Eon und Vivendi, wobei sich deren Interessen am Kauf von Stadtwerken mit den Expansionsgelüsten der kommunalen Unternehmen überschneiden. So will die neue GEW Rheinenergie mit der RWE als Gesellschafter jetzt ihre "Chancen im europäischen Wettbewerb verbessern".

Diese Orientierung schlägt sich auch in der Bezahlung der Topmanager nieder. Die Vorstandssprecher kommunaler Unternehmen erhalten gegenwärtig zwischen 200.000 und 500.000 Euro Grundgehalt jährlich. Es steigt mit national und international erweitertem Aktionsradius des Unternehmens. Von den Interessen der Bürger haben sich die Stadtwerke gleichzeitig weit entfernt. Während sie Großkunden innerhalb und vor allem außerhalb des Stadtgebietes erhebliche Rabatte gewähren, werden die Preise für Privathaushalte erhöht. Kleinen Stromanbietern werden die Durchleitungsrechte praktisch verweigert oder die Umsetzung

erschwert.

RWW-Verkauf und andere Verkäufe von Stadtwerksanteilen zeigen, dass in den Kommunen ein politischer Filz herrscht, der sich auch finanziell als höchst nachteilig für die Bürger erweist. Ähnlich war es schon bei den vielen Müllverbrennungsanlagen, wo eine Handvoll Global Player die Städte mit überdimensionierten und überteuerten Anlagen mithilfe der jeweiligen Mehrheitspartei über den Tisch zogen. Die wesentliche Frage ist auch bei GATS und seinen aktuellen Vorformen, ob es politische Kräfte gibt, die dem jahrzehntelang gewachsenen Filz in den Kommunen etwas entgegenzusetzen haben.

gats: Ausverkauf

Das General Agreement on Trade in Services wurde 1994 beschlossen. Es umfasst alle Dienstleistungsbereiche sowie den Handel, Bildung und Gesundheits- und Sozialfürsorge. Mit dem Abkommen sollen die Märkte in diesen Segmenten für Investoren geöffnet und "Handelshemmnisse" abgebaut werden. Für die EU federführend bei den Verhandlungen zur Implementierung des Abkommens ist EU-Handelskommissar Pascal Lamy.

cross-border-leasing: Ankauf-Verkauf


Beim Cross-Border-Leasing verkauft eine deutsche Kommune ihren Besitz - zum Beispiel das Trinkwassernetz - an einen US-amerikanischen Investor. Dieser vermietet das Gut zurück an die Kommune. Die Laufzeit des Mietvertrags beträgt in der Regel zwischen 30 und 99 Jahre. Durch die aktuelle Steuergesetzgebung in den USA spart der Investor hohe Beträge, die deutsche Kommune erhält einmalig die Verkaufssumme.

who: Import-Export

Die WTO (World Trade Organisation) mit Sitz in Genf ist die einzige (fast) globale Welthandelsorganisation. Als Institutionalisierung der seit 1947 stattfindenden GATT-Runden wurde sie 1995 gegründet. Ihr gehören derzeit 144 Staaten an, in denen über 90 Prozent des Welthandels abgewickelt werden. Die WTO überwacht die Implementierung und Beachtung der (fast) weltweiten Handelsabkommen.

Weitere Meldungen der Kategorie Politik [\[zurück\]](#) [\[vor\]](#)

:: aktuelle meldungen ::

 **Aktion/Veranstaltungen****Spaziergänger abgezockt**

von LJW
12.09.2003 [\[lesen\]](#)

 **Kultur****Kölner Oper steigt ins
Kontaktvermittlungsgewerbe ein**

von dpa/LJW
11.09.2003 [\[lesen\]](#)

 **Wirtschaft und Umwelt****Grüner Punkt teuer erkauf**

von AP/LJW
11.09.2003 [\[lesen\]](#)

 **Politik****Neue Runde bei CBL-Ablehnung**

von dak
24.07.2003 [\[lesen\]](#)

:: themen ::

 **Stadt****Plädoyer für Prügelpolizisten**

Die Staatsanwaltschaft fordert für die sechs Angeklagten im Prozess um den Kölner Polizeiskandal Haft an der unteren Grenze des Strafmaßes. Die Verteidigung beantragt überwiegend Freisprüche

von Erich Huppertz
24.07.2003 [\[lesen\]](#)

 **Bildung &
Wissenschaft****Einschreibung auf Pump**

Studierende sollen 750 Euro Studiengebühren überweisen

von joe
24.07.2003 [\[lesen\]](#)

 **Land & Leute****Einigung unter Drei**

Land, Kommunalvertreter und Netzanbieter unterzeichneten eine Mobilfunkvereinbarung. Naturschützer, Ärzte und Verbraucherzentrale verweigerten ihre Unterschrift

von von Salvio Incorvaia
24.07.2003 [\[lesen\]](#)

 **Politik****"Warum nicht über die Mieten
reden?"**

Kölns DGB-Chef Wolfgang Uellenberg-van Dawen über Haushaltsloch, Reformbremsen und Bürgerbeteiligung

von Erich Huppertz, Sebastian Sedlmayr
17.07.2003 [\[lesen\]](#)

[\[weitere Meldungen\]](#)